

# Info-Mail

Von: Besseres Lernen [<mailto:pressestelle@wir-wollen-lernen.de>]  
Gesendet: Freitag, 12. Juni 2009 10:45  
An: 'besseres-lernen@wir-wollen-lernen.de'  
Betreff: Streitfall Primarschule: Harburger Proteste und Gesetzentwurf

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,  
liebe Eltern und Großeltern, liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Schulleitungen, liebe Lehrkräfte,

das Hamburger Abendblatt berichtet in seiner Harburger Ausgabe über die Proteste der Schüler, Lehrkräfte und Eltern gegen die geplante räumliche Umsetzung der Primarschul-Pläne:

## Hamburger Abendblatt v. 12.6.2009: **Lessing-Schüler auf Protest-Tour**

<http://www.abendblatt.de/region/harburg/article1049787/Lessing-Schueler-auf-Protest-Tour.html>

Ferner hat die Schulbehörde gestern unter dem folgenden Link (Achtung beim Ausdrucken: 156 Seiten):  
<http://www.hamburg.de/schulreform/nofl/1537832/2009-06-10-bsb-schulgesetznovelle.html>

den **Gesetzentwurf der Primarschul-Reformpläne** veröffentlicht, der in der Bürgerschaft diskutiert werden soll.

Schon bei erster Durchsicht fallen dem Leser einige - zum Teil gegenüber dem Referentenentwurf noch einmal geänderten - Besonderheiten auf:

### 1. Die Behörde hat die Kosten der Reformpläne noch nicht ermittelt

Auf Seite 4f. der Mitteilung an die Bürgerschaft heißt es zu den Kosten ausdrücklich: "*Eine **Konkretisierung kann erst im weiteren Planungsverlauf vorgenommen werden.** Zu den Maßnahmen gehören beispielsweise die Implementierung einer neuen Leitungsstruktur der Primarschulen und eine entsprechende Anpassung der Besoldungsstruktur, deren **Kosten erst nach Abschluss der Schulstandortplanung quantifiziert** werden können.*"

### 2. Der "Klassenverband" wird abgeschafft

Der **Klassenverband** wird abgeschafft. Der Begriff des Klassenverbandes findet sich im neuen Entwurf nicht mehr. Statt der bisherigen Regelung in § 11 Abs 3 ("Der Unterricht wird im Klassenverband oder in Kursen erteilt.") sollen die Schüler nur noch organisatorisch Klassen angehören. Die **Organisation des Unterrichts** der Schüler soll sich aber "an deren individuellem Bildungsweg" orientieren und **kann - das wird ausdrücklich im Entwurf betont - "unabhängig von ihrer oder seiner Zugehörigkeit zu einer Klasse erfolgen."** (§ 11 Abs. 3 des Entwurfes). **Statt "längeres gemeinsames Lernen" ist also ein "langes einsames Lernen" schon jetzt absehbar.**

### 3. Keine Zusammenarbeit von Primar- und weiterführenden Schulen / Abschaffung der Gesamtschulen

Der Gesetzentwurf betont die eigenständige Führung der Primarschulen (§ 14 Abs. 1 des Entwurfes). Die im bisherigen Schulgesetz vorgesehene Möglichkeit der **erfolgreichen Langformschulen soll es nicht mehr geben.** Die **Gesamtschulen werden abgeschafft.**

### 4. Keine Möglichkeit der Verkürzung der Primarschule

Die im Referentenentwurf in § 14 noch vorgesehene Möglichkeit für Schüler, die Primarschule auch schneller zu durchlaufen, ist nicht mehr vorgesehen. § 14 Abs. 3 des Entwurfes schreibt jetzt eine feste Dauer von 6 Jahren Dauer vor.

## 5. Notenzeugnisse nur noch einmal zum Halbjahr in Jahrgangsstufe 6

Das erste Notenzeugnisse sollen die Schüler erst unmittelbar vor der Entscheidung der Zeugniskonferenz über den Übergang auf Gymnasium oder Stadtteilschule zum Halbjahr in Jahrgangsstufe 6 erhalten (§ 44 Abs. 3 des Entwurfes).

## 6. Strenge Kontrolle der Regionalen Bildungskonferenzen und Rätssystem

Die Regionalen Bildungskonferenzen sollen einer strengen behördlichen Kontrolle unterstellt. So ist in § 86 des Entwurfes ausdrücklich vorgesehen, dass jeweils die zuständigen Schulaufsichtsbeamtinnen und Schulaufsichtsbeamten teilnehmen. Anders als in den bisherigen Schulentwicklungskonferenzen sollen ferner künftig Schüler und Eltern der Schulen nicht mehr unmittelbar Vertreter entsenden können, sondern nur noch über Kreisschülerräte und Kreiselternräte vertreten sein.

## 7. Klassengrößen nur "Soll"-Vorschriften

Die von der Behörde versprochenen Klassengrößen sind in § 87 des Entwurfes nur "Soll"-Vorschriften, die keinen individuellen Rechtsanspruch für Schüler, Eltern oder Schulen begründen, dass diese auch eingehalten werden. Im Gegenteil: Die Behörde öffnet sich in § 87 Abs. 1 Satz 3 des Entwurfes sogar ausdrücklich ein Hintertürchen, indem sie dort vorsehen möchte, dass "die Klassengröße ... aus Gründen der regionalen Versorgung aller Schülerinnen und Schüler im Einzelfall überschritten werden" kann. Angesichts der unsicheren Finanzlage (siehe oben) und der bundesweiten Lehrkräfteknappheit wird das Versprechen kleinerer Klassen damit zum leeren Versprechen.

## 8. Kleine Schulen von Schließung bedroht

In § 87 Abs. 2 des Entwurfes stellt die Behörde klar, dass kleine Schulen, insbesondere kleinere Gymnasien von der Schließung bedroht sind: **"Die Primarschule wird mindestens zweizügig, die Stadtteilschule und das Gymnasium werden mindestens dreizügig geführt. 2 Wird die Mindestzügigkeit in den Eingangsklassen in zwei aufeinanderfolgenden Schuljahren nicht erreicht, so werden an der betreffenden Schule im darauf folgenden Schuljahr keine Eingangsklassen mehr eingerichtet."**

Die kleineren der 63 Hamburger Gymnasien sind damit mittelfristig ernsthaft bedroht (siehe dazu auch unsere Pressemeldung vom 3. Juni 2009 "**Liste der von Primarschul-Plänen des Schwarz-Grün-Senates bedrohten Gymnasien**" unter [http://www.wir-wollen-lernen.de/primarschule\\_pressemeldungen.html](http://www.wir-wollen-lernen.de/primarschule_pressemeldungen.html)).

Vor dem Hintergrund dieses unausgegorenen und in weiten Teilen pädagogisch wie organisatorisch unverantwortlichen Gesetzentwurfes bleibt zu hoffen, dass gerade die **Abgeordneten der CDU in der Hamburgischen Bürgerschaft** den Beschluss ihres Landesvorstandes ernst nehmen. Dieser hat bekanntlich in seiner Sitzung vom 8. Juni 2009 den **Beschluss des Landesfachausschusses Bildung der CDU** vom 29.05.2009 verabschiedet, in dem die Umsetzung der Primarschul-Pläne unter einen klaren **Finanzierbarkeits-Vorbehalt** gestellt wird:

**"7. Die Frage der Finanzierung der Schulstrukturreform ist abschließend zu klären, bevor Standortfragen entschieden werden."**

Herzliche Grüße,  
Walter Scheuerl

**Volksbegehren vom 28.10.-17.11.2009!**  
**Jetzt als Sammler voranmelden unter: [http://www.wir-wollen-lernen.de/gegen\\_primarschule\\_anmelden.html](http://www.wir-wollen-lernen.de/gegen_primarschule_anmelden.html)**

---

**Dr. Walter Scheuerl**  
**Volksinitiative „Wir wollen lernen!“**

Tel.: +49 (0)40 359 22-270  
Mobil: +49 (0)172 43 53 741  
Fax: +49 (0) 40 359 22-234  
E-mail: [walter.scheuerl@wir-wollen-lernen.de](mailto:walter.scheuerl@wir-wollen-lernen.de)  
Internet: [www.wir-wollen-lernen.de](http://www.wir-wollen-lernen.de)

Wir sind für

- die Erhaltung weiterführender Schulen ab Klasse 5 in Hamburg,
- ein gutes, übersichtliches Schulsystem mit Stadtteilschulen, Gesamtschulen und den bei PISA wirklich erfolgreichen Gymnasien,
- die Erhaltung der Wahlfreiheit der Eltern,
- die Erhaltung der „Langformschulen“ (Gesamtschulen),
- die Verbesserung der Ausstattung bestehender Schulen,
- die Erhöhung der Anzahl der Lehrer,
- die individuelle Förderung von schwachen und starken Schülern,
- die besondere Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund,
- die Erhaltung kurzer Schulwege,
- Reformen nur, wenn dadurch nachweislich eine Verbesserung eintritt - keine Massen-Experimente mit unseren Kindern!
- Selbständigkeit der Schulen, Stärkung der didaktischen und pädagogischen Kompetenz der Lehrkräfte.

**Initiative „Wir wollen lernen!“- Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.**  
AG Hamburg, VR 20129, Vorstand: Ulf Bertheau, Dr. Walter Scheuerl, Ralf Sielmann

**Hamburger Sparkasse**  
**BLZ 200 505 50**  
**Konto Nr. 1280 / 310 689**

Hinter der im Frühjahr 2008 gegründeten Initiative stehen engagierte Eltern, Lehrer, Schüler und Bürger aus allen Stadtteilen Hamburgs. Am 19.11.2008 konnten wir dem Senat 21.000 Unterschriften vorlegen. Der weitere Zeitplan ist nun durch die Hamburger Volksentscheids-Gesetzgebung vorgegeben: Volksbegehren im November 2009 und Volksentscheid im Juni 2010.

Leider muss für diesen langen Weg noch viel Aufklärungsarbeit in unserer Stadt geleistet werden - und diese kostet Geld. Da wir die nun notwendige Arbeit in der bisherigen Struktur nicht mehr leisten können, haben wir einen Förderverein gegründet. Und dieser freut sich über jede Form der finanziellen Zuwendung, um gemeinsam mit Ihnen weiter erfolgreich für unsere Ziele arbeiten zu können.